

Ausgewählte Ergebnisse der zweiten Welle einer Bevölkerungsumfrage zu den Auswirkungen des Corona-Virus

November 2020

Prof. Dr. Uwe Wagschal (Universität Freiburg)
Dr. Sebastian Jäckle (Universität Freiburg)
PD Dr. Achim Hildebrandt (Universität Stuttgart) und
PD Dr. Eva-Maria Trüdinger (Universität Stuttgart)

Kontakt:

Prof. Dr. Uwe Wagschal
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Seminar für Wissenschaftliche Politik
Werthmannstraße 12
79085 Freiburg
E-Mail: politikpanel@politik.uni-freiburg.de
Telefon: 0761/203-9361
<https://www.politikpanel.uni-freiburg.de/>

Themenübersicht:

I – Belastungen und Ängste infolge der Pandemie	3
<i>I.a – Generelle Belastung durch die Verbreitung des Corona-Virus und die aktuellen Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus</i>	3
<i>I.b – Finanzielle Auswirkungen der Pandemie</i>	5
<i>I.c – Ängste infolge der Pandemie</i>	6
II – Bewertung der staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie	8
<i>II.a – Eignung der Maßnahmen, um die gesundheitlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen</i>	8
<i>II.b – Eignung der Maßnahmen, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen</i>	9
<i>II.c – Bewertung der Maßnahmen als übertrieben</i>	10
<i>II.d – Selbstverantwortung anstelle von staatlichen Maßnahmen</i>	12
III – Optionen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie	14
IV – Vertrauen in Medien bei Corona-Berichterstattung	15
V. Zustimmung zu Maßnahmen der Regierung	16
VI. Zufriedenheit mit dem Management der Krise	17

Das Politikpanel Deutschland ist eine Online-Befragung der Universität Freiburg unter der Leitung von Prof. Dr. Uwe Wagschal (Seminar für Wissenschaftliche Politik), die seit der Bundestagswahl 2017 in unregelmäßigen Abständen durchgeführt wird. Dabei wurden bislang mehrere zehntausende Personen befragt. Die aktuelle Umfrage zur Corona-Krise führt das Team des Politikpanel gemeinsam mit PD Dr. Achim Hildebrandt (Universität Stuttgart) und PD Dr. Eva-Maria Trüdinger (Universität Stuttgart) durch. Geplant sind insgesamt vier Wellen über einen Zeitraum von etwa einem Jahr.

Die vorliegende Umfrage (zweite Panel-Welle) wurde im Zeitraum vom 29. Oktober. bis zum 9. November durchgeführt. Insgesamt wurden 7881 Personen zu ihren Erfahrungen und Einstellungen in der Corona-Pandemie online befragt, wobei 6.800 den Fragebogen komplett beendeten.

Bei der ersten Welle (07.-17.05.2020) hatten bereits über 10.000 Personen aus ganz Deutschland teilgenommen, von denen mehr als 7.000 den gesamten Fragebogen beendeten.

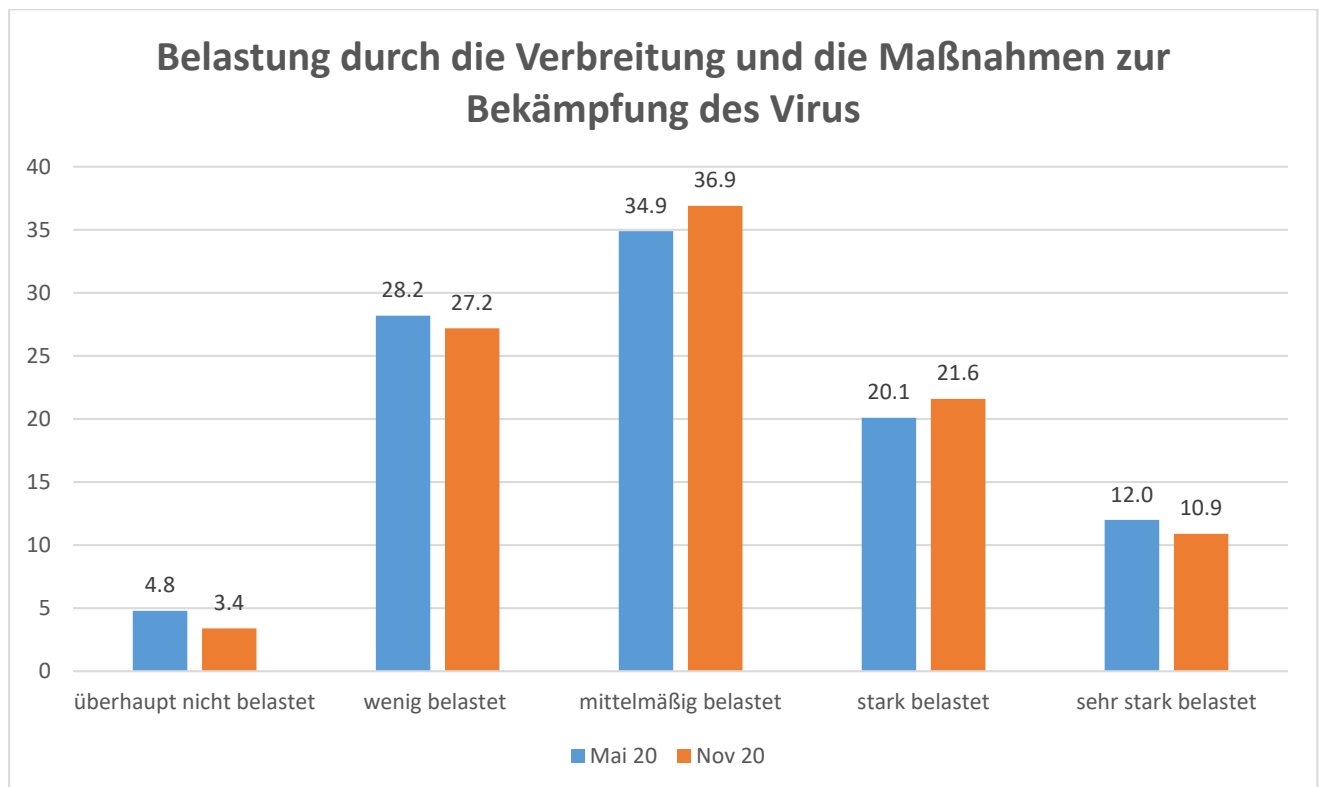
Über ein Gewichtungsverfahren können die Daten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer anhand von soziodemographischen Merkmalen, wie Alter und Geschlecht sowie dem Wohnort in Ost- bzw. Westdeutschland an die reale Verteilung in der Bevölkerung angepasst werden. Hierdurch ist es möglich ähnlich wie bei einer Zufallsstichprobe verallgemeinerbare Aussagen über die gesamte Bevölkerung anzustellen. Diese Gewichtung und die bei allen Fragen gegebene Möglichkeit auch keine Antwort zu geben, erklären auch die leicht unterschiedlichen Fallzahlen in den folgenden Auswertungen.

I – Belastungen und Ängste infolge der Pandemie

I.a – Generelle Belastung durch die Verbreitung des Corona-Virus und die aktuellen Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus

Frage: Durch die Corona-Pandemie fühlen sich einige Menschen belastet. Wie sieht das bei Ihnen persönlich aus?

Alles in allem, wie sehr fühlen Sie sich in Ihrem Leben durch die Verbreitung des Corona-Virus und die aktuellen Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus belastet?

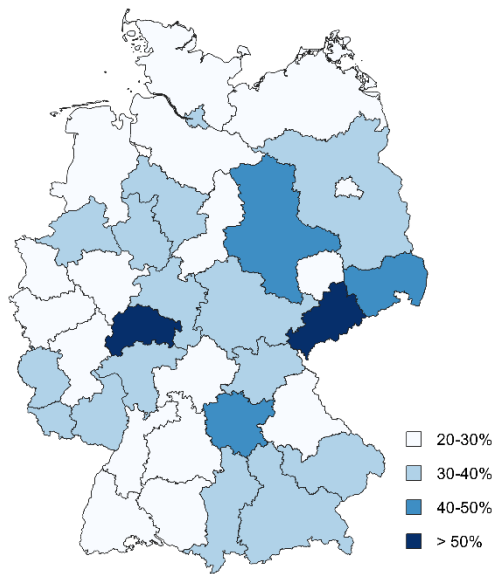


Welle 1 Mai 2020: N = 7727; Welle 2 Nov 2020: N= 6669; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

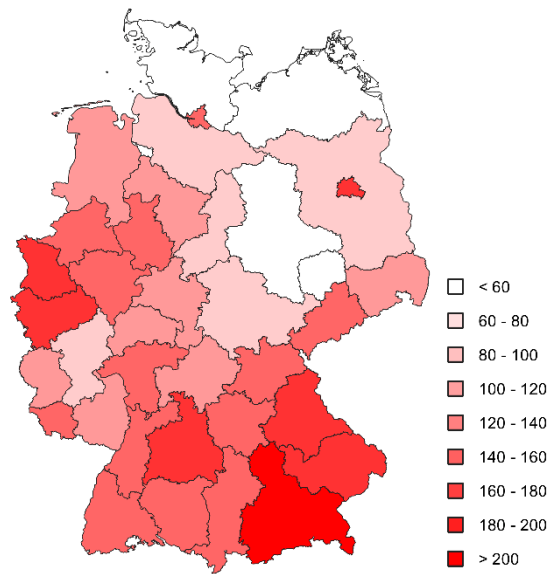
Es zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Befragten: Knapp jeder dritte Befragte fühlt sich stark bzw. sehr stark belastet, zugleich fühlt sich auch ein Drittel der Befragten wenig bzw. überhaupt nicht belastet. Gegenüber der Umfrage im Mai gibt es hier nur sehr geringe Änderungen in der Wahrnehmung der Belastung.

Allerdings fällt die verspürte Belastung in einzelnen Regionen Deutschlands sehr unterschiedlich aus, wie die folgende Karte zeigt. Besonders stark belastet fühlen sich die Befragten in weiten Teilen Bayerns, in Süd- und Mittelhessen, im Saarland und der Region Dresden. Im Vergleich zu den offiziellen Fallzahlen des RKI seit Januar zeigt sich nur ein geringer Zusammenhang zwischen den Infiziertenzahlen und der gefühlten Belastung (vgl. Kartendarstellung).

Anteil der Befragten, die sich stark, oder
sehr stark belastet durch die Corona-Pandemie fühlen zwischen 31.10. und 6.11.2020 (Quelle: RKI)



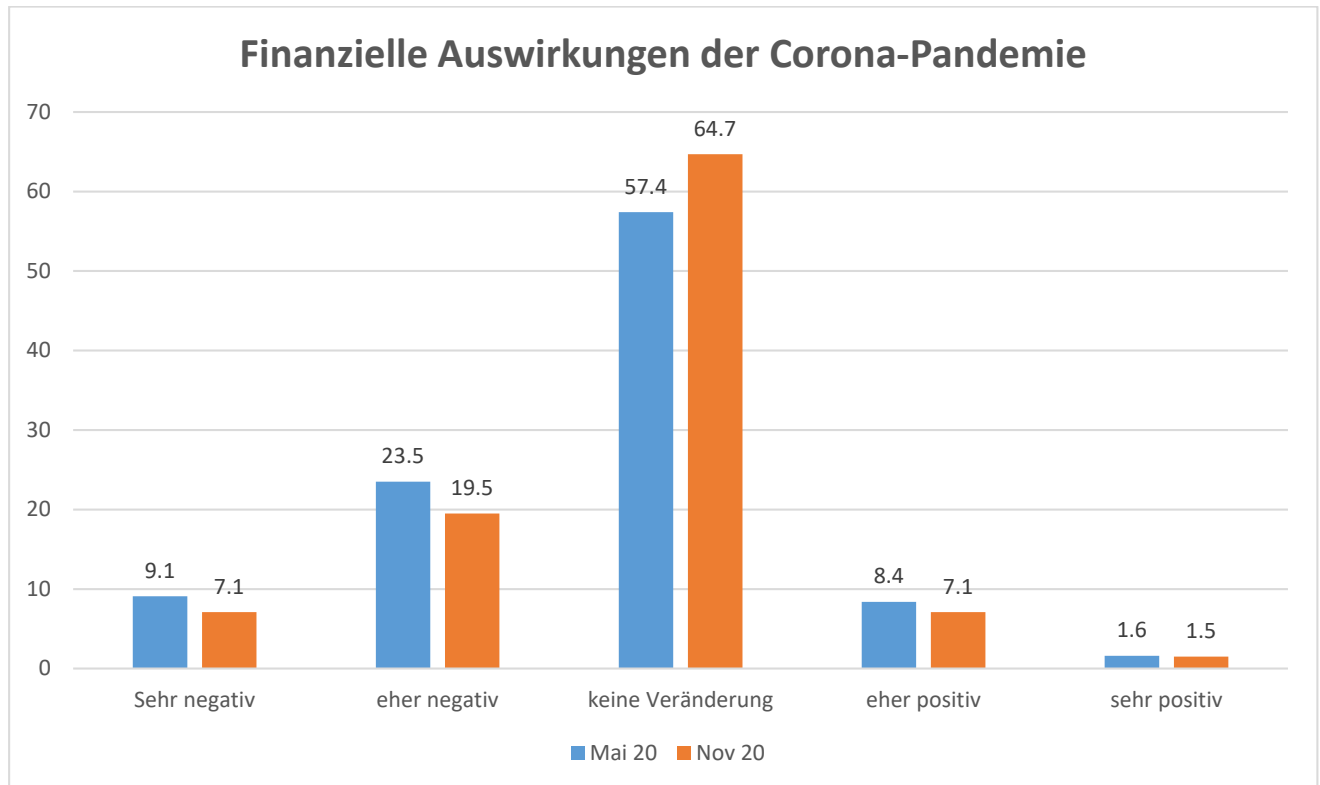
Covid-19 Fälle / 100.000 Einwohner
zwischen 31.10. und 6.11.2020 (Quelle: RKI)



Quellen: Infiziertenfallzahlen: https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Fallzahlen.html
Kartendaten: © GeoBasis-DE / BKG (2020); N = 6669, gewichtet nach Alter, Geschlecht und Ost-West.

I.b – Finanzielle Auswirkungen der Pandemie

Frage: Und wenn Sie speziell an die finanzielle Situation in Ihrem Haushalt denken: Wie beurteilen Sie die aktuellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Finanzen in Ihrem Haushalt?



Welle 1 Mai 2020: N = 7715; Welle 2 Nov 2020: N= 6656; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

Die deutliche Mehrheit der Befragten verspürt keine Veränderung der finanziellen Situation ihres Haushalts durch die Corona-Pandemie. Mehr als ein Viertel der Befragten (26,6%) berichtet jedoch über sehr negative oder eher negative Auswirkungen der Pandemie auf seine Finanzen. Im Vergleich zur ersten Befragung im Mai fällt indes auf, dass insbesondere dieser Anteil geschrumpft ist, wohingegen der Anteil der Personen, bei denen die Pandemie zu keinerlei finanziellen Veränderungen führt deutlich angestiegen ist.

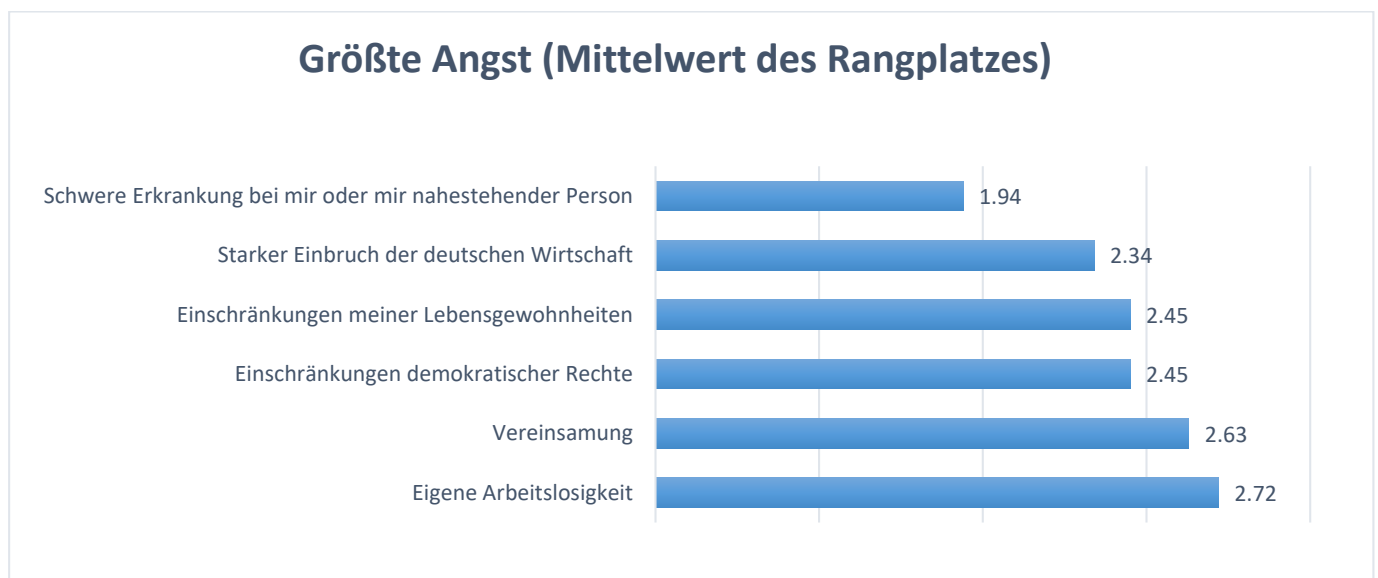
I.c – Ängste infolge der Pandemie

Frage: Wovor haben Sie in der Corona-Pandemie am meisten Angst?

Durch Anklicken können Sie eine Rangfolge erstellen. Die Auswirkung, die Sie am meisten ängstigt klicken Sie bitte als erstes an - hier wird der Rangplatz 1 vergeben. Dann folgen die weiteren, bis zu derjenigen Auswirkung, vor der Sie am wenigsten Angst haben.

Wenn Sie vor einer oder mehreren Auswirkungen gar keine Angst haben, klicken Sie diese bitte nicht an!

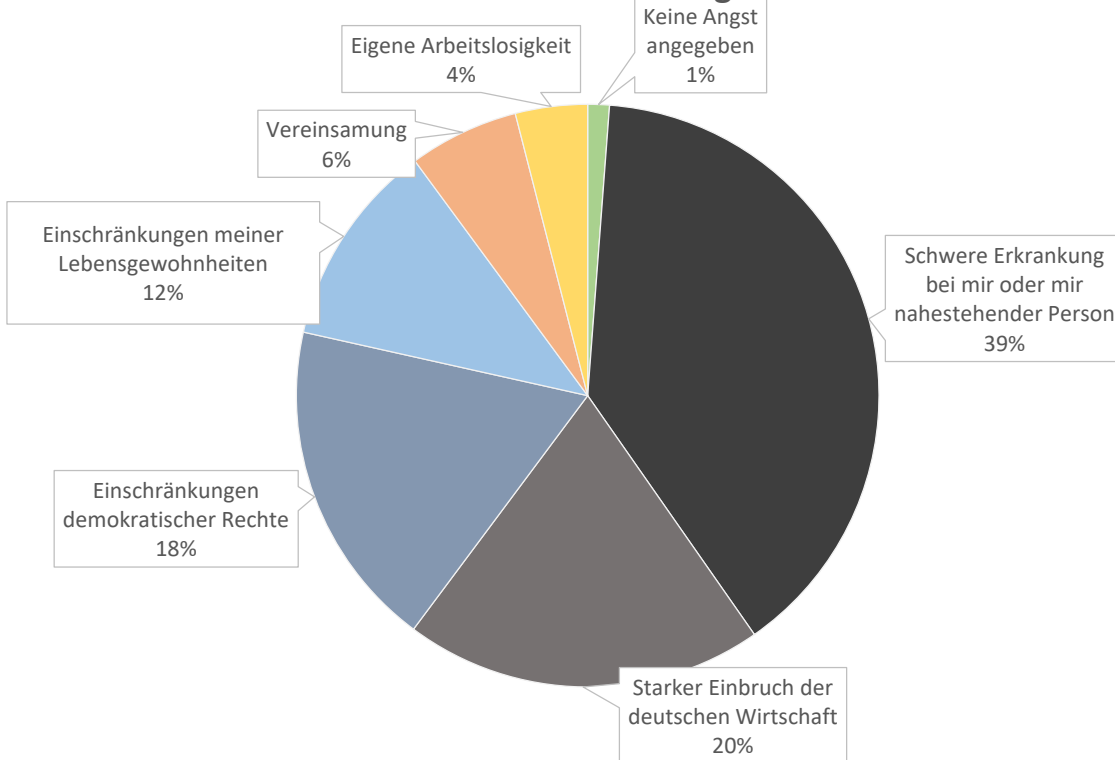
Berechnet man den Mittelwert der Rangplätze erhält man folgendes Bild.



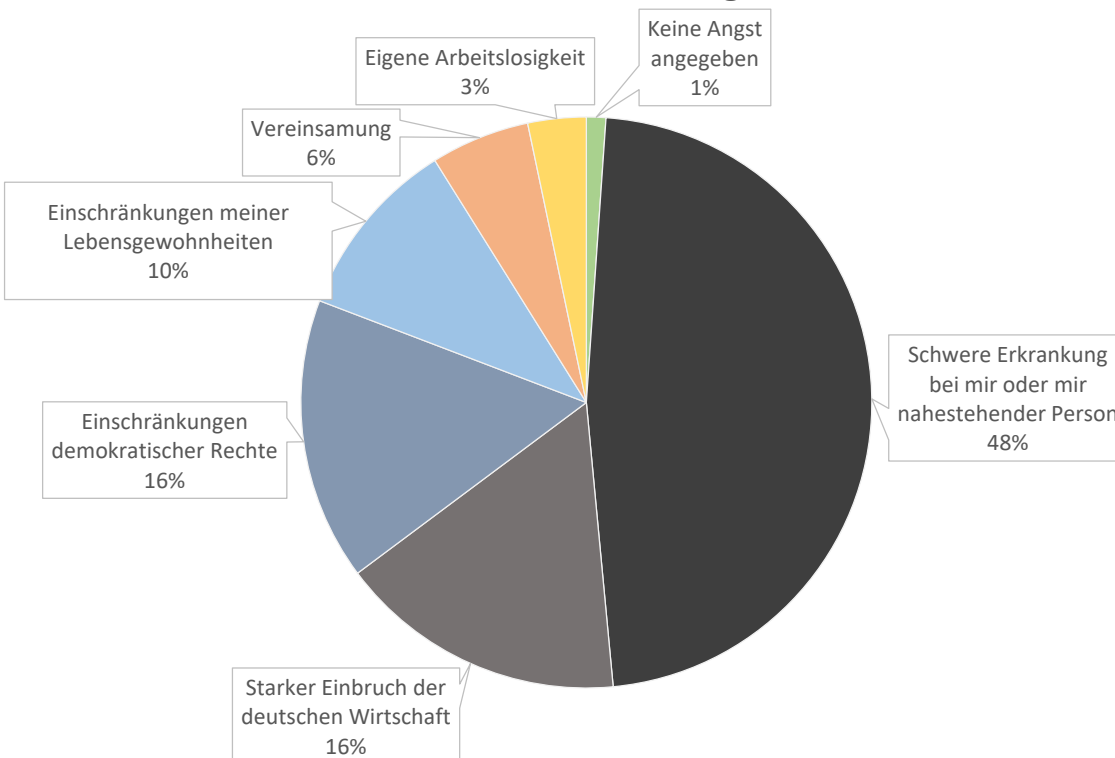
N= 6673; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

48 Prozent der Befragten geben an, am meisten Angst vor einer schweren Erkrankung bei Ihnen selbst oder bei ihnen nahestehenden Personen zu haben (+9 Prozentpunkte gegenüber Mai), deutlich weniger Angst haben die Befragten vor Vereinsamung und eigener Arbeitslosigkeit. Nur etwa einem Prozent der Befragten macht keine einzige der sechs Auswirkungen der Corona-Pandemie Angst.

Mai 2020 Wovor haben Sie am meisten Angst?



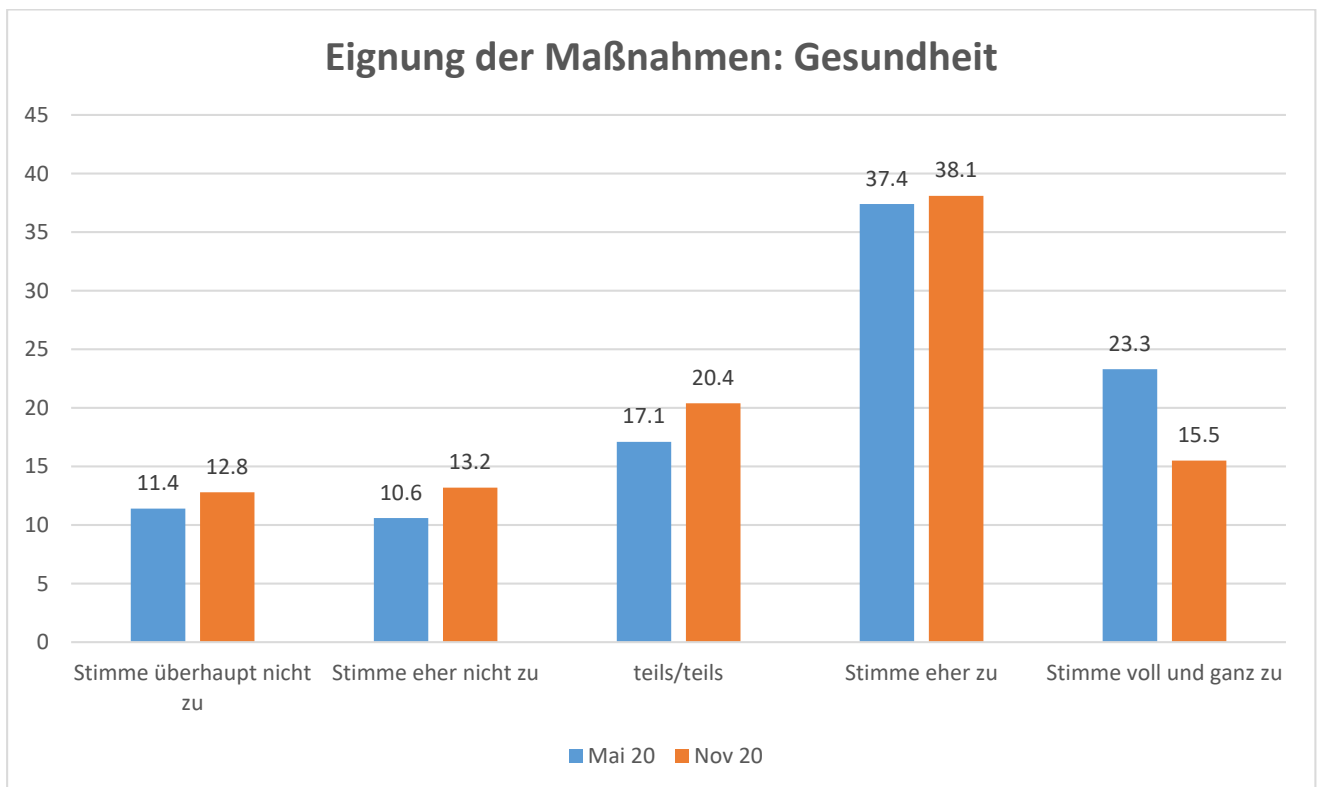
Nov 2020: Wovor haben Sie am meisten Angst?



II – Bewertung der staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie

II.a – Eignung der Maßnahmen, um die gesundheitlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen

Frage: Staatliche Stellen in Deutschland haben im Zuge der Corona-Pandemie eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann. Was denken Sie darüber? Ich halte die Maßnahmen für geeignet, um die gesundheitlichen Folgen der Corona-Pandemie in den Griff zu bekommen.



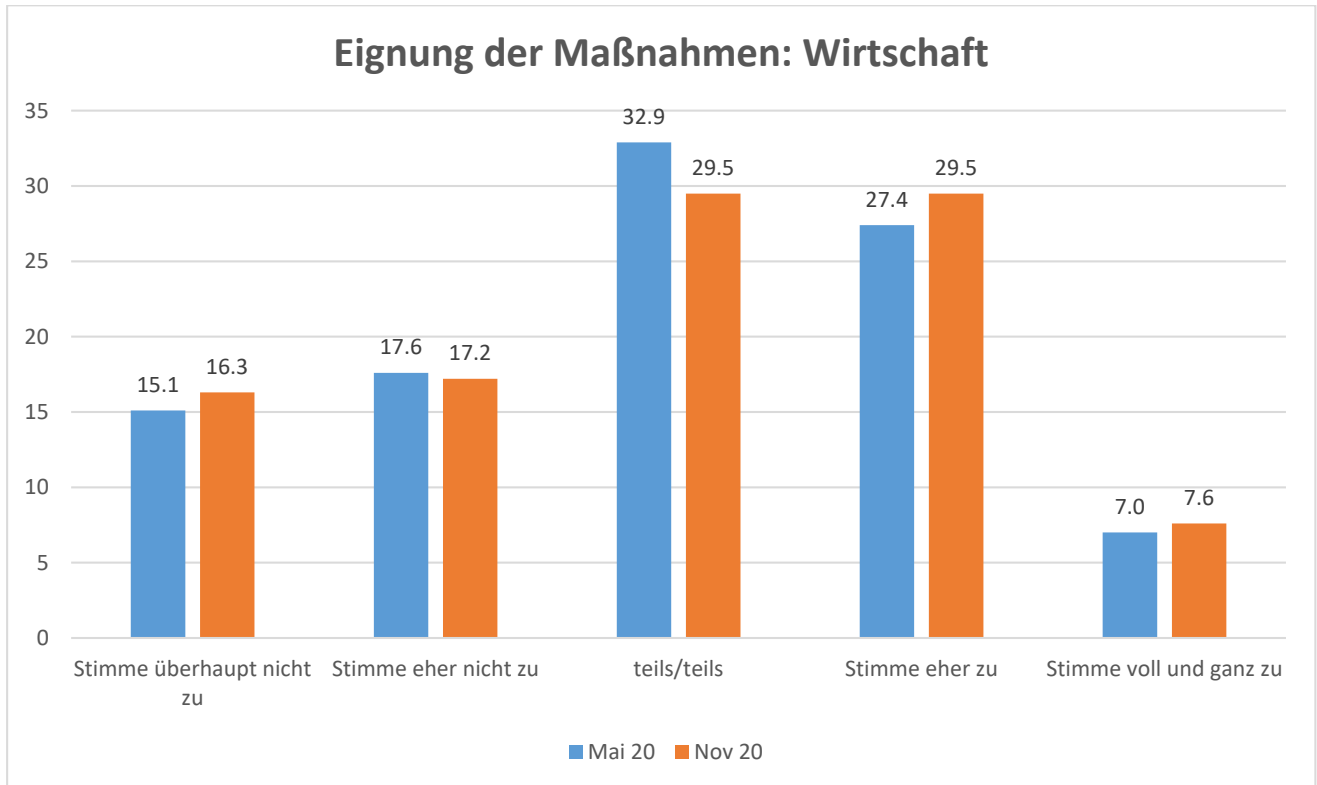
Welle 1 Mai 2020: N = 7709; Welle 2 Nov 2020: N= 6648; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

Mehr als die Hälfte der Befragten hält die Maßnahmen für geeignet, um die gesundheitlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen.

Gegenüber der Umfrage im Mai ist allerdings ein Rückgang von rund sieben Prozentpunkten bei denjenigen festzustellen, die den Maßnahmen unumschränkt zustimmen.

II.b – Eignung der Maßnahmen, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen

Frage: Staatliche Stellen in Deutschland haben im Zuge der Corona-Pandemie eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann. Was denken Sie darüber? Ich halte die Maßnahmen für geeignet, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in den Griff zu bekommen.



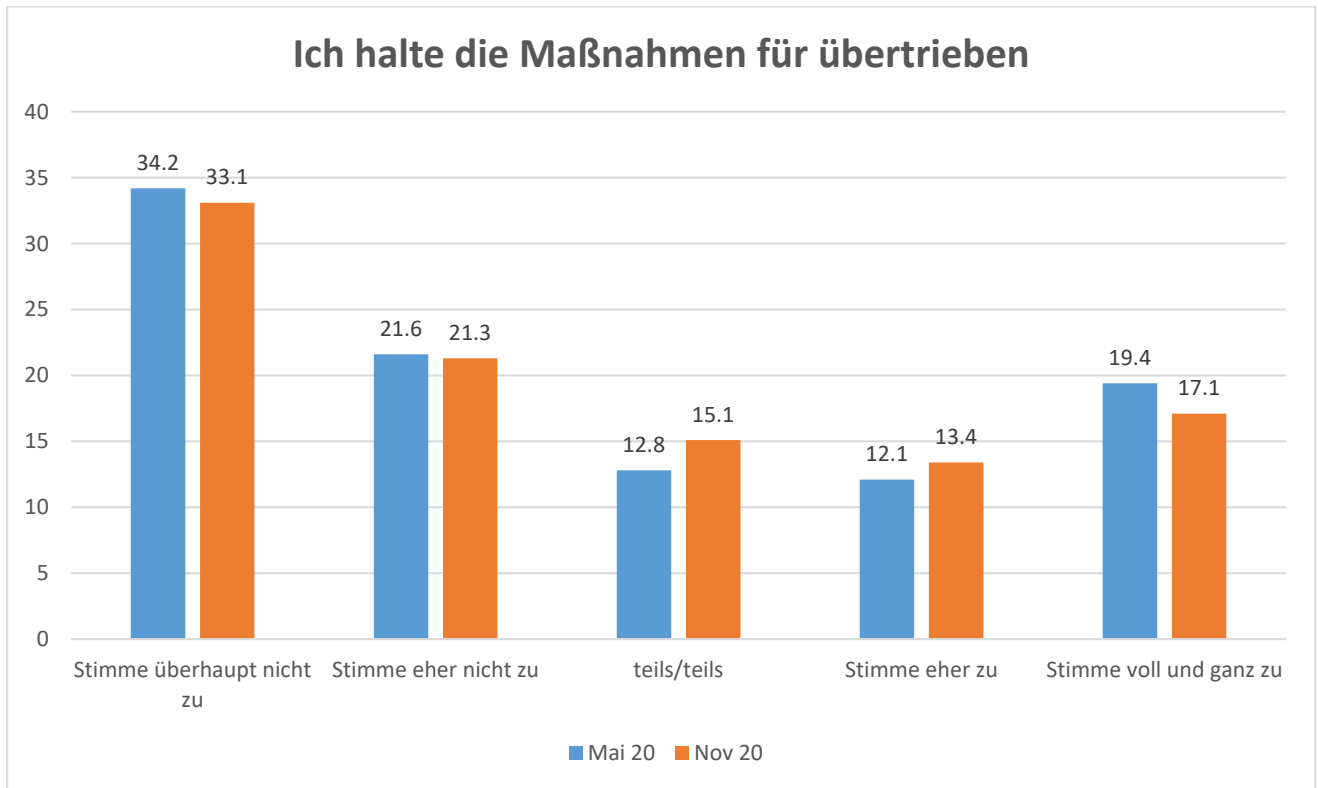
Welle 1 Mai 2020: N = 7697; Welle 2 Nov 2020: N= 6630; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

Deutlich skeptischer sind die Befragten hinsichtlich der Frage, ob die Maßnahmen geeignet sind, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen, nur etwa 37 Prozent gehen davon aus („stimme eher zu“, „stimme voll und ganz zu“).

Gegenüber der Umfrage im Mai hat sich die Zustimmung für die Maßnahmen im Bereich Wirtschaft allerdings leicht um etwa 2,7 Prozentpunkte erhöht.

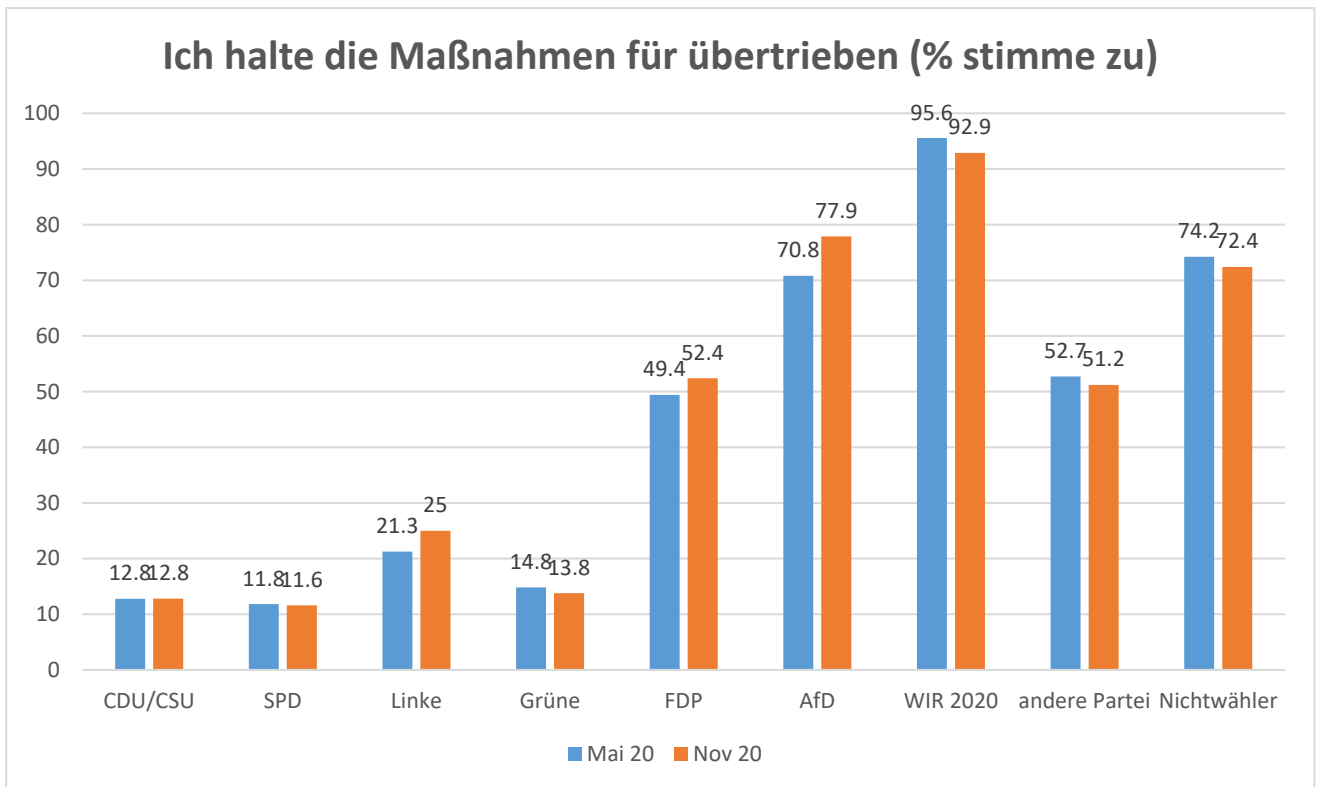
II.c – Bewertung der Maßnahmen als übertrieben

Frage: Staatliche Stellen in Deutschland haben im Zuge der Corona-Pandemie eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann. Was denken Sie darüber? Ich halte die Maßnahmen für übertrieben.



Welle 1 Mai 2020: N = 7712; Welle 2 Nov 2020: N= 6645; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

Die Ergebnisse zeigen: Lediglich 30,5 Prozent der Befragten halten die Maßnahmen der Regierung für übertrieben. Im Vergleich zur Mai Umfrage ist dies sogar ein leichter Rückgang in der Ablehnung der Regierungsmaßnahmen. Eine Mehrheit der Befragten hält die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung nicht für übertrieben (54,4 Prozent).

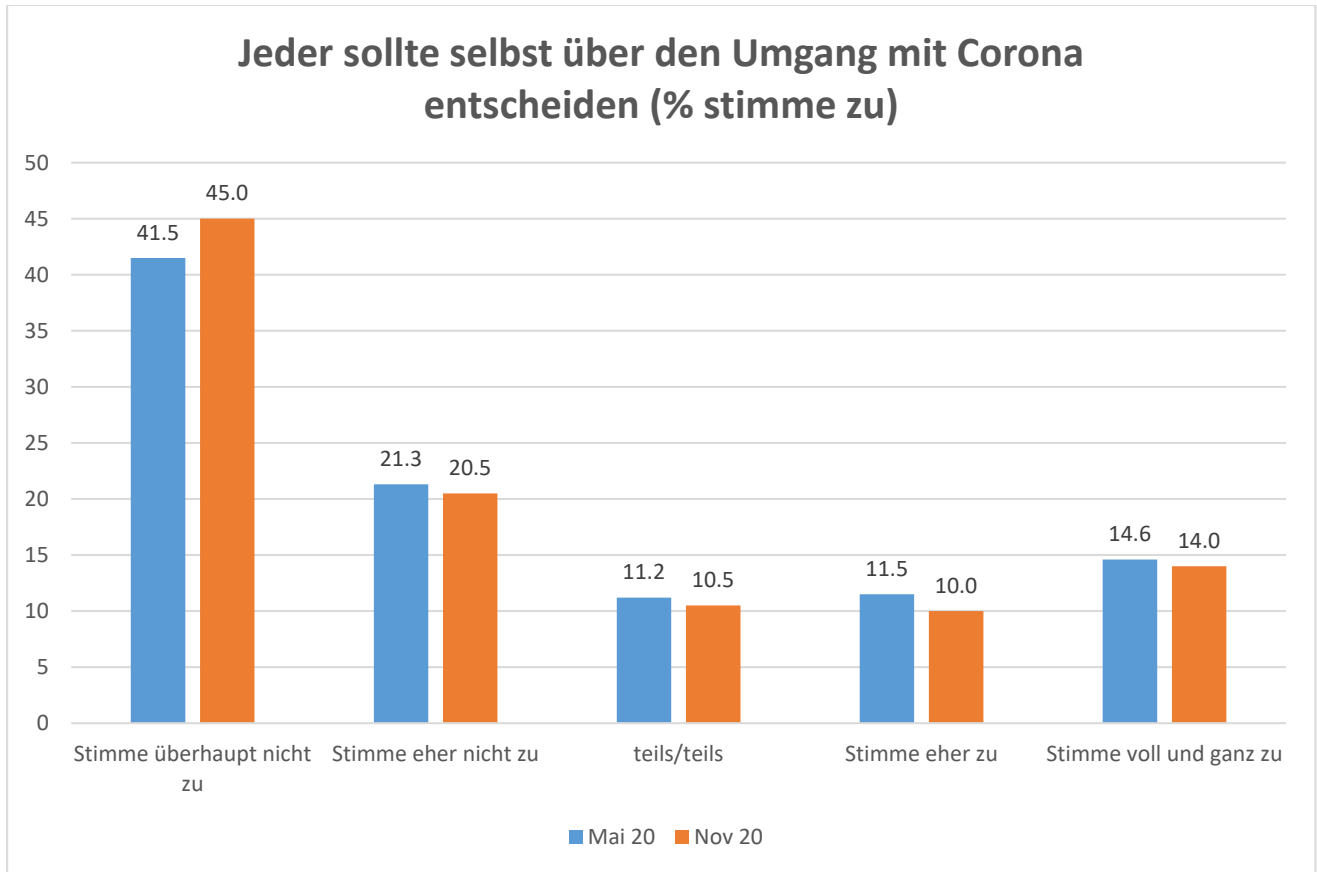


Welle 1 Mai 2020: N = 7808; Welle 2 Nov 2020: N= 6645; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West. Die Kategorien „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ wurden für diese Analyse zusammengefasst zu „stimme zu“.

Jedoch gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern der einzelnen Parteien. Während die Anhänger von CDU/CSU, SPD, Grüne sowie Linke sich sehr deutlich für die Corona-Maßnahmen aussprechen, zeigt sich bei den Anhängern der FDP sowie der AfD und den Protestgruppen wie Widerstand 2020 eine klare Ablehnung. Aber auch Nichtwähler lehnen zu einem überwiegenden Teil die Maßnahmen ab. Während bei den Anhängern von CDU/CSU, SPD und Grünen keine starken Veränderungen im Vergleich zur Mai-Umfrage erkennbar sind, halten bei der Linken, der FDP und der AfD mittlerweile mehr Personen die Maßnahmen für übertrieben – die Polarisierung in Bezug auf diese Frage steigt also an.

II.d – Selbstverantwortung anstelle von staatlichen Maßnahmen

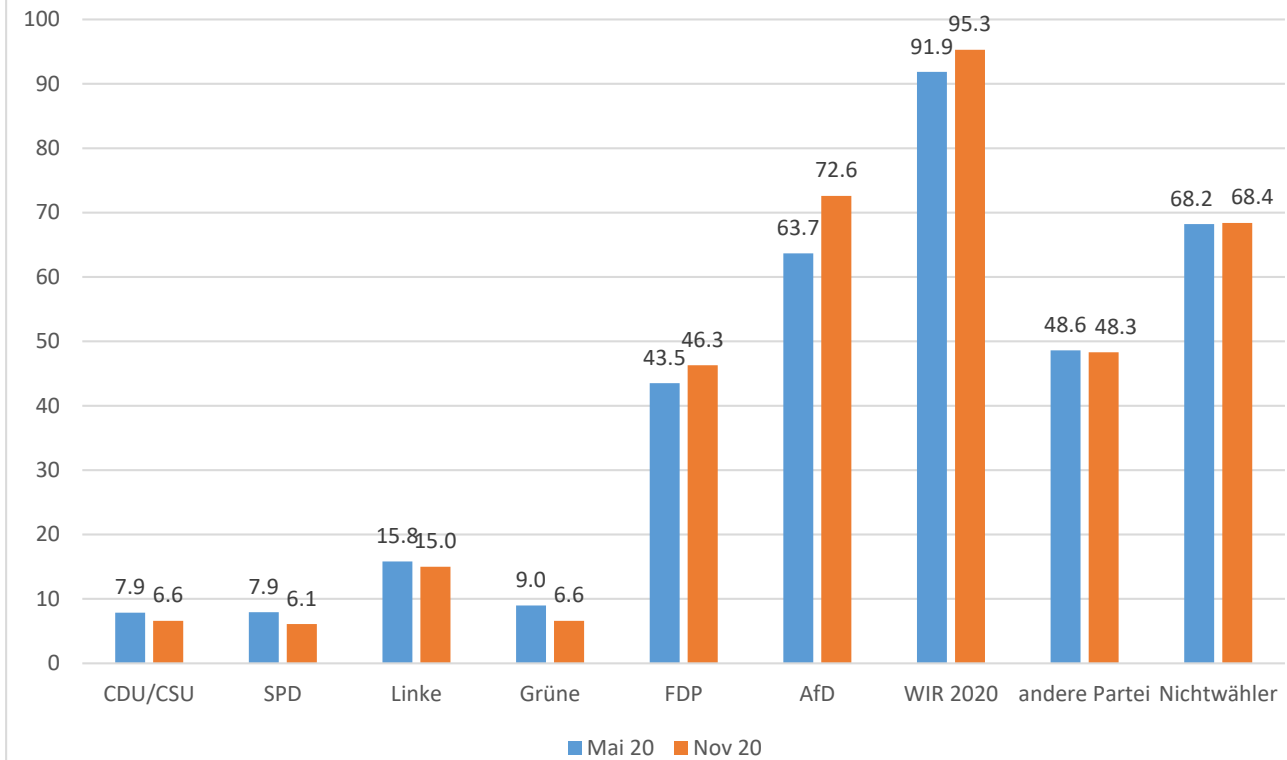
Frage: Staatliche Stellen in Deutschland haben im Zuge der Corona-Pandemie eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann. Was denken Sie darüber? Ich denke, dass jede Person selbst über ihren Umgang mit dem Coronavirus entscheiden sollte - nicht die Politik.



Welle 1 Mai 2020: N = 7649; Welle 2 Nov 2020: N= 6645; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West. Die Kategorien „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ wurden für diese Analyse zusammengefasst zu „stimme zu“.

Nur knapp jeder vierte Befragte ist der Meinung, dass jede Person selbst über den Umgang mit dem Coronavirus entscheiden sollte. Eine klare Mehrheit lehnt das ab. Im Vergleich zur ersten Befragungswelle im Mai ergibt sich eine Tendenz zur Befürwortung von weniger Selbstverantwortung im Umgang mit der Pandemie.

Jeder sollte selbst über den Umgang mit Corona entscheiden (% stimme zu)

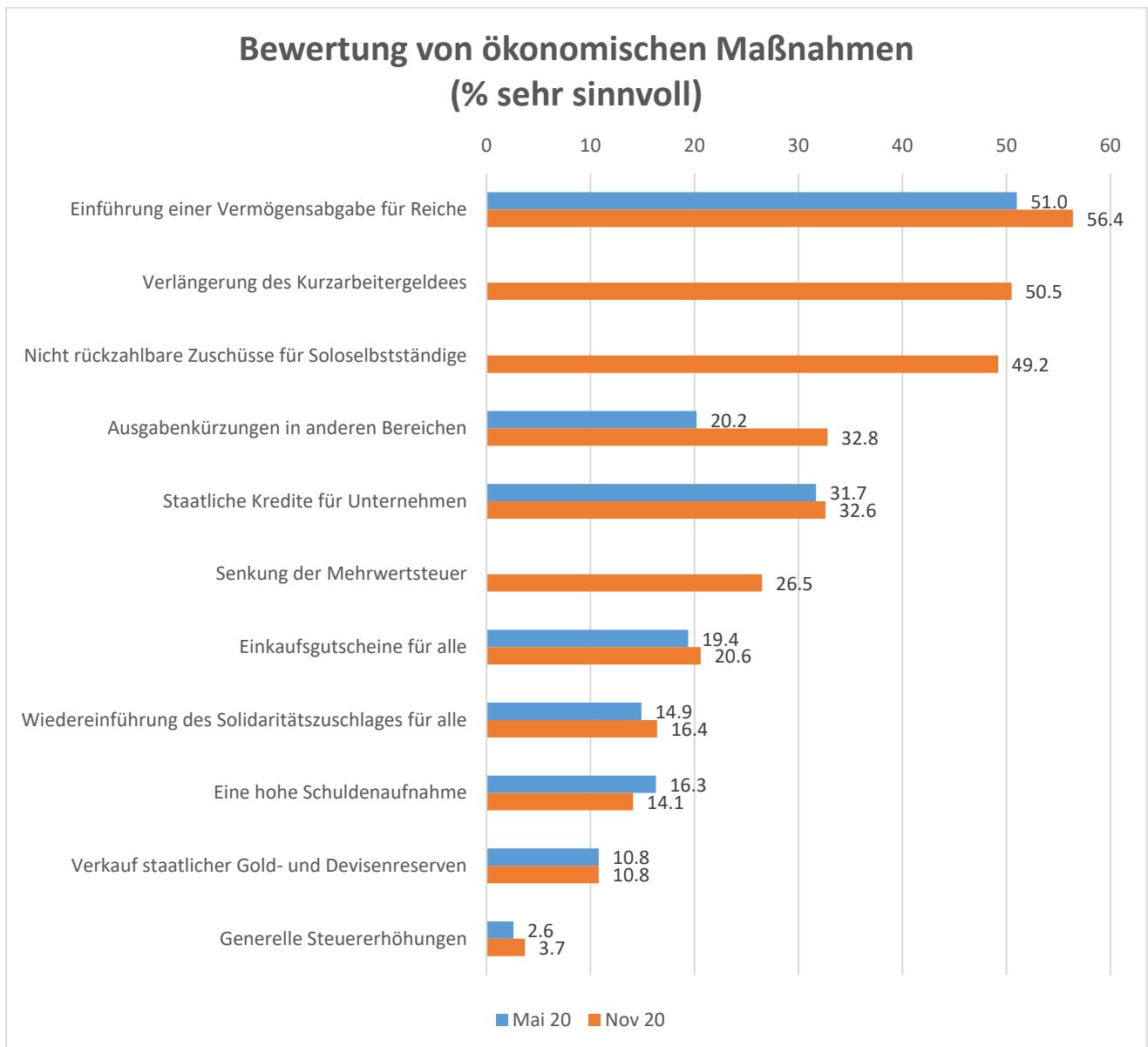


Welle 1 Mai 2020: N = 7649; Welle 2 Nov 2020: N= 6645; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West. Die Kategorien „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ wurden für diese Analyse zusammengefasst zu „stimme zu“.

Auch in dieser Frage zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern der Parteien: Nahezu einhellige Ablehnung bei den Anhängern von CDU/CSU, Grünen und SPD, deutliche Zustimmung bei den Anhängern der AfD, bei denjenigen, die die Protestgruppe Widerstand 2020 als Wahlpräferenz angegeben haben sowie den Nichtwählern. Ebenfalls hohe Zustimmungswerte bei der FDP und den anderen Parteien. Auch bei dieser Frage zeigt sich erneut die steigende Polarisierung im Land. Während FDP- und AfD-Anhänger im Vergleich zu Mai nochmals häufiger für mehr Selbstbestimmung des Einzelnen in der Corona-Krise votieren, ist der Anteil derjenigen die dies befürworten unter den anderen Parteien gesunken.

III – Optionen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie

Frage: Welche Maßnahmen halten Sie für sinnvoll, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie in Deutschland zu bekämpfen?



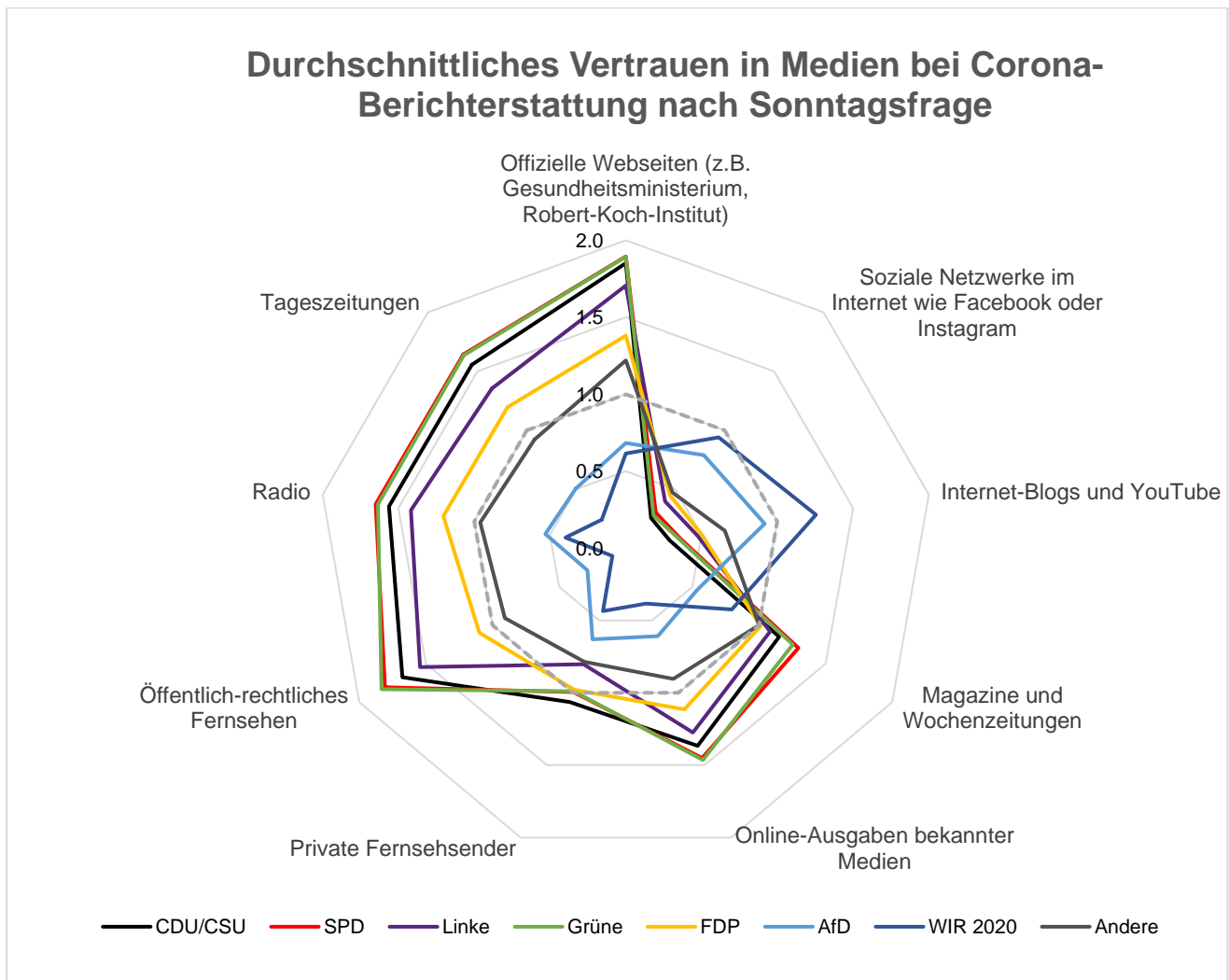
Welle 1 Mai 2020: N = 7522-7682; Welle 2 Nov 2020: N= 6269-6605; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West. Die Items „Verlängerung des Kurzarbeitergeldes“, „Nicht rückzahlbare Zuschüsse für Soloselbstständige“ und „Senkung der Mehrwertsteuer“ wurden im Mai nicht gestellt.

Wie soll die Corona-Krise wirtschaftlich und finanziell bewältigt werden? Hierzu wurde gefragt, inwieweit bereits von der Politik beschlossene sowie mögliche andere Maßnahmen sinnvoll oder nicht sinnvoll seien. Die Mehrheit hat eine klare Vorstellung davon, wer für die Kosten der Pandemie aufkommen soll: Über 56 Prozent der Befragten halten eine Vermögensabgabe für Reiche für sehr sinnvoll, das sind über fünf Prozentpunkte mehr als in der Mai-Umfrage. Dagegen sehen nur knapp vier Prozent generelle Steuererhöhungen als etwas sehr Sinnvolles an, bzw. 29 Prozent als teilweise sinnvoll. Auch der Verkauf des staatlichen „Tafelsilbers“ wie Gold- und Devisenreserven findet wenig Zustimmung, genauso wie eine erhöhte Schuldenaufnahme oder eine Wiedereinführung des Solidaritätszuschlages für alle: Gerade einmal rund 16 Prozent der Befragten erachten diese Option für sehr sinnvoll. Besonders viel Zustimmung hingegen zeigt sich für die in der Corona-Krise eingeführten Maßnahmen wie die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes sowie die nicht rückzahlbaren Zuschüsse für Soloselbstständige.

IV – Vertrauen in Medien bei Corona-Berichterstattung

Frage: Inwiefern halten Sie die folgenden Informationsquellen in Bezug auf die Corona-Berichterstattung für vertrauenswürdig?

Dargestellt ist der Mittelwert nach Wahlpräferenz (Sonntagsfrage); 0 = nicht vertrauenswürdig; 2 = vertrauenswürdig. Positionen innerhalb der gestrichelten Linie stehen für eher kein Vertrauen in das jeweilige Medium, Positionen außerhalb dafür, dass die Anhänger der Partei dem Medium eher Vertrauen schenken.

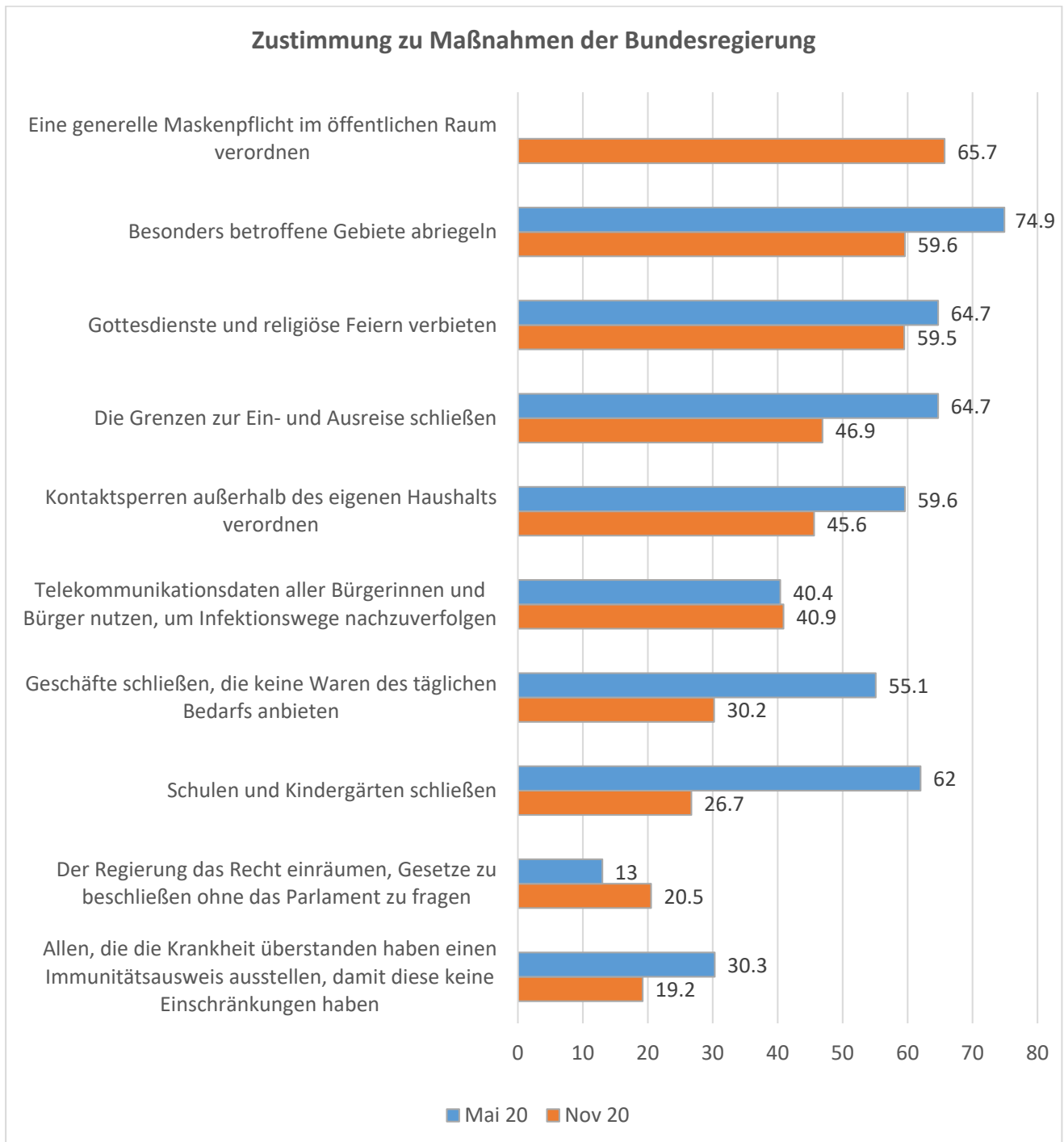


N = 6207 (ohne Nichtwähler und nicht Wahlberechtigte), gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West.

In Bezug auf die Corona-Berichterstattung vertrauen die Anhänger der CDU/CSU, der SPD und der Grünen stark offiziellen Webseiten sowie den etablierten, öffentlich-rechtlichen Medien und Zeitungen. Die Anhänger der Linken und insbesondere der FDP weisen hier durchweg ein geringeres Vertrauen auf. AfD-Anhänger und die Anhänger der Protestbewegung Widerstand 2020 weichen deutlich vom Rest der Bevölkerung ab. Sie halten so gut wie alle Informationsquellen im Durchschnitt für eher nicht vertrauenswürdig, und die beiden Informationsquellen, denen von ihnen noch am ehesten vertraut wird (Internet-Blogs und Youtube sowie Soziale Netzwerke) sind gerade diejenigen, denen die restliche Bevölkerung am wenigsten Vertrauen entgegenbringt. Die beobachtete Polarisierung zeigt sich also auch darin welche Informationsquellen als vertrauenswürdig eingeschätzt werden.

V. Zustimmung zu Maßnahmen der Regierung

Frage: Welche der folgenden Maßnahmen sollten staatliche Stellen Ihrer Meinung nach anwenden dürfen, um die Corona-Pandemie zu bekämpfen?



Welle 1 Mai 2020: N = 7651-7693; Welle 2 Nov 2020: N= 6563-6641; gewichtet nach Alter, Geschlecht, Ost-West. Die Frage nach der generellen Maskenpflicht wurde im Mai nicht gestellt.

Neben den ökonomischen Maßnahmen wurde auch nach den Maßnahmen zur Eindämmung und Begrenzung der Pandemie gefragt. Die höchste Zustimmung erzielte dabei die Einführung einer generellen Maskenpflicht. Auffällig im Vergleich zur Umfrage im Mai ist dagegen der deutliche Rückgang der Zustimmung bei einzelnen konkreten Maßnahmen der sozialen Distanzierung. Die Einstellung der Befragten zum Thema Schulschließungen hat sich am stärksten verändert. Mittlerweile sind nur noch 27,1 Prozent dafür Kindergärten und Schulen zu schließen, während dies im Mai noch 66,1 Prozent waren. Auch Grenzsicherungen, die Abriegelung von Gemeinden, Geschäftsschließungen und Kontaktsperrren verlieren deutlich an Zustimmung.

VI. Zufriedenheit mit dem Management der Krise

Bei der Bewertung der Arbeit von Bundesregierung, Landesregierung und des eigenen Bürgermeisters gibt es einen eindeutigen Sieger: Die Bundesregierung. Attestieren 39,4 Prozent der Befragten der Bundesregierung allgemein eine gute Arbeit geleistet zu haben, sind 56,6 Prozent mit der Bundesregierung in der Corona-Krise sehr zufrieden bzw. eher zufrieden. Nur 29,4 Prozent hingegen sind mit ihrer Arbeit unzufrieden. Mit den örtlichen Bürgermeistern ist rund die Hälfte der Befragten eher bzw. sehr zufrieden, wobei es keine Unterschiede zwischen der allgemeinen Bewertung und der Bewertung der Leistung in der Corona-Krise gibt. Am schlechtesten schneiden die Landesregierungen in der Corona-Krise ab: nur 45,8 Prozent sind mit der Arbeit ihrer Landesregierung zufrieden. Besonders gut kommen dabei die Landesregierungen in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein weg. Besonders schlecht werden dagegen die Landesregierungen im Saarland, Berlin, Bayern, NRW und Hessen bewertet.

Frage: Im Folgenden bitten wir Sie um Ihre Einschätzung der Arbeit der Bundesregierung, Ihrer Landesregierung und Ihres Bürgermeisters/Ihrer Bürgermeisterin. Wie zufrieden sind Sie mit deren Arbeit im Allgemeinen und konkret in Bezug auf die Bewältigung der Corona-Krise?

	sehr zufrieden	eher zufrieden	teilweise zufrieden	eher unzufrieden	sehr unzufrieden
Bundesregierung Allgemein	6,8	32,4	29,3	18,2	13,4
Bundesregierung Corona-Krise	20,4	36,0	14,0	10,5	19,1
Landesregierung Allgemein	8,2	32,7	31,9	17,6	9,7
Landesregierung Corona-Krise	13,1	31,9	21,8	15,6	17,7
Bürgermeister/in Allgemein	13,5	33,8	29,1	14,2	9,4
Bürgermeister/in Corona-Krise	14,5	31,9	25,2	15,0	13,5

N = 6651, Dargestellt sind Prozentwerte.